

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 12.05.2018

Von Roland Zschächner

13.05.2018

Treffen der Geschichtsrevisionisten

Im österreichischen Bleiburg findet an diesem Wochenende mit 15.000 Rechten die größte faschistische Veranstaltung in Europa in diesem Jahr statt



Alle Jahre wieder: Aufmarsch der Faschisten in Bleiburg, hier am 16. Mai 2015

Foto: OSKAR HOEHER/EXPA/EPA

An diesem Samstag werden im österreichischen Bleiburg Tausende Anhänger der faschistischen Ustascha und Domobranzen zusammenkommen. Im vergangenen Jahr versammelten sich nahe der Grenze zu Slowenien 15.000 Rechte zum größten derartigen Aufmarsch in Europa. Unter den Teilnehmern waren in den vergangenen Jahren neben

offiziellen Vertretern aus Kroatien und der katholischen Kirche auch Neonazis, die offen verbotene Symbole zeigten und den Ustascha-Gruß »Für die Heimat bereit« skandierten.

Die Ustascha war eine faschistische Bewegung, die nach der Besetzung Jugoslawiens 1941 durch Nazideutschland und Italien im »Unabhängigen Staat Kroatien« (NDH) an die Macht gebracht wurde. Sie ermordete Zehntausende Roma, Juden und Serben. Dazu errichtete sie in Jasenovac das einzige während des Zweiten Weltkriegs nicht von den Deutschen betriebene Konzentrationslager in Europa. Die slowenischen Domobranzen waren eine reaktionäre Miliz, die mit den Besatzern kollaborierte und gegen die Partisanen kämpfte.

Auch in diesem Jahr wird in Bleiburg mit einer ähnlich hohen Teilnehmerzahl wie im vergangenen Jahr gerechnet, »was das Bleiburger Treffen zu einem der größten faschistischen Veranstaltungen Europas macht«, wie die antifaschistische Initiative AK Bleiburg/Pliberk warnt. Organisiert wird das unter dem Deckmantel des »Gedenkens« stattfindende Treffen vom »Bleiburger Ehrenzug«, einem revisionistischen Verein von vor allem Exilkroaten in Österreich, und der kroatischen römisch-katholischen Kirche. Der Sabor, das Parlament in Zagreb, hat wie auch in den vergangenen Jahren die Schirmherrschaft übernommen.

Hintergrund sind die Ereignisse von Anfang Mai 1945 in der Region um Bleiburg, das zum britischen Sektor gehörte. Damals flüchteten Tausende Mitglieder der Ustascha und der Domobranzen vor den heranrückenden Partisanen über die Grenze nach Österreich. Die Alliierten lehnten das Kapitulationsersuchen der Faschisten ab und übergaben sie der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee, die diese in Empfang nahm. Tausende Kriegsverbrecher wurden anschließend in Jugoslawien getötet – mit und ohne Gerichtsverhandlung.

In der Folge wurde der historisch belegte Sachverhalt von revisionistischen Kreisen vor allem der rechten kroatischen Diaspora zu einem Massaker der »Kommunisten« auf dem Loibacher Feld bei Bleiburg umgeschrieben. Vor allem nach der – von Österreich und der Bundesrepublik Deutschland vorangetriebenen – staatlichen Eigenständigkeit Kroatiens erhielt das Erinnerungsevent bei Bleiburg einen offiziellen Charakter. Die Rehabilitierung von Kriegsverbrechern des Zweiten Weltkrieges wurde als Teil der nationalistischen Geschichtsumschreibung gepflegt. Immer wieder nahmen hochrangige Politiker an der Veranstaltung teil, in diesem Jahr schickt die von der rechtsnationalen Partei HDZ geführte Regierung in Zagreb zwei Minister nach Österreich.

Doch anders als in der Vergangenheit hat sich gegen das Neonazitreffen antifaschistischer Widerstand formiert. So rufen linke Gruppen und Parteien, darunter die KPÖ, am Samstag zu einer Kundgebung unter dem Motto »Erinnern und handeln« in Bleiburg auf. Als Redner sind unter anderem österreichische Antifaschisten sowie eine Reihe ausländischer Gäste angekündigt.

Außerdem hat der AK Bleiburg/Pliberk auf der Internetseite no-ustasa.at eine umfangreiche Informationssammlung zum aktuellen und zu ehemaligen Veranstaltungen zusammengestellt. Ziel sei es, mit »der Website möglichst umfangreich über dieses Treffen aufzuklären, es in seinem größeren Kontext zu beleuchten und seine Protagonisten offen zu benennen«, wie es in einer Pressemitteilung vom 26. März heißt. Dazu gehört auch, die Kooperation der katholischen Kirche und der österreichischen Behörden aufzuzeigen.

Die antifaschistische Initiative kann bereits erste Erfolge verbuchen. So sprach sich der Bürgermeister von Bleiburg, Stefan Visotschnig von der SPÖ, gegen die Kundgebung der Faschisten aus: Man habe den Organisatoren des Treffens »klipp und klar gesagt, dass wir das hier nicht wollen«, erklärte er gegenüber der Zeitung *Standard*.